

Tagesordnung II Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 25. März 2010

Antrags-Nr. 09-F-25-0110

**Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei Umsetzung der Kita-Mindestverordnung einhalten!**

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.12.2009 -
- Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0028 vom 10.03.2010 -

Um dem Anspruch auf mehr Qualität in der Kinderbetreuung, einer verstärkten Bildungsorientierung sowie den veränderten Arbeitsbedingungen in den Betreuungseinrichtungen Rechnung zu tragen, hat die Landesregierung zum 1. September 2009 verbesserte Standards festgelegt. Diese sehen kleinere Gruppen und mehr Personal vor, das sich um die Kinder kümmert. Dabei gilt eine Übergangszeit bis Herbst 2012. Gleichzeitig hat die Landesregierung zugesagt, Kommunen und freien Trägern die dadurch entstehenden Mehrkosten zu erstatten. Die Konkretisierung dieses Erstattungsverfahrens steht noch aus.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Auswirkungen der neugefassten Mindestverordnung des Landes auf die Wiesbadener Kindertageseinrichtungen darzustellen, insbesondere hinsichtlich
  - + der Anzahl zusätzlich einzurichtender Gruppen (differenziert nach Betreuungsform sowie städtischer bzw. nicht-städtischer Trägerschaft)
  - + des zusätzlichen Fachkräftebedarfs
  - + der damit verbundenen Mehraufwendungen
2. über die bisher erfolgten Schritte zur Umsetzung zu berichten, speziell im Hinblick auf die Gewinnung zusätzlichen Fachpersonals.
3. bei der Landesregierung mit Nachdruck auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu dringen. Dazu ist das Erstattungsverfahren für die Mehraufwendungen aufgrund der neuen Mindestverordnung umgehend festzulegen. Die Erstattung beginnt mit dem Zeitpunkt, sobald die jeweilige Kommune die neuen Standards erfüllt.

---

**Beschluss Nr. 0092**

Der gemeinsame Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.12.2009 betr.

Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei Umsetzung der Kita-Mindestverordnung einhalten!

wird nach Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung des Sozialausschusses am 10.03.2010 angenommen.

(antragsgemäß Ausschuss für Soziales 10.03.2010 BP 0028)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2010  
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .03.2010  
im Auftrag

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Zieren-Hesse